

Probleme der Demokratie

Autor(en): **Leichter, Otto**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **2 (1922-1923)**

Heft 9

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-328441>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

werden. Die Unterstützungsdauer darf 150 Tage innerhalb eines Jahres nicht überschreiten. Die arbeitslosen Mitglieder müssen sich sofort beim öffentlichen Arbeitsnachweis anmelden. Die staatliche Unterstützung besteht in einem Beitrag von 100 % der auf Grund der Statuten tatsächlich ausbezahlten Unterstützungen. Der Beitrag ist in der Hauptsache zur Erhöhung der Taggelder zu verwenden. Er wird den Rassen vierteljährlich ausbezahlt. Der Regierungsrat bestimmt jeweils, wieviel davon in einen Reserfonds zu legen ist. Die unterstützten Arbeitslosenkassen haben vierteljährlich Rechnung abzulegen.

Der letzte Abschnitt enthält die Straf-, Einführungs- und Uebergangsbestimmungen. Wer sich gegen den Abschnitt I (Versicherungs-, Beitrags- und Anmeldepflicht) vergeht, kann mit Geldbuße oder Haft bestraft werden. Der Regierungsrat setzt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes fest. Das sind die wesentlichsten Bestimmungen des 45 Artikel zählenden Gesetzes.

Es wird auf den scharfen Widerstand der Unternehmer stoßen. Sie wollen von einer Versicherung auf kantonalem Boden nichts wissen. Ob sie bei einer eidgenössischen Versicherung Beiträge leisten wollen, sei noch zu überlegen. So haben sich die Vertreter des Volkswirtschaftsbundes ausgesprochen. Wie sich der Regierungsrat selbst dazu verhält, ist angesichts der reaktionären Tendenzen ganz ungewiß. Die Tatsache, daß das Bürgertum dem Urheber des Entwurfes in den kommenden Wahlen einen Gegenkandidaten entgegensetzt, ist ein bezeichnendes Symptom. Trotzdem wird man nicht darum herumkommen, sich mit der Materie näher zu befassen.

Probleme der Demokratie.

Von Dr. Otto Leichter (Wien).

Revolutionen rütteln an bereits eingelebten Gewohnheiten und Formen des staatlichen Lebens, und so gehört zu dem, was in den letzten Jahren durch die Revolution zumindest in mancher Beziehung problematisch geworden ist, die Demokratie. Gewiß sind die Arbeiterparteien nicht zu dem Entschluß gelangt, sie plötzlich über Bord zu werfen oder ihre Methoden nicht mehr anzuwenden, aber immer weitere Kreise der Arbeiterbewegung und immer ausschlaggebendere Richtungen in ihnen unterziehen die Vorstellung von der Allheilskraft der Demokratie, von ihrer Fähigkeit, alle Probleme des Gesellschaftslebens auf ein Rechenerempel zurückzuführen, von ihrer veredelnden Wirkung auf die Menschen einer gründlichen Revision. Und bei dieser Beschäftigung mit den Wirkungen und den Möglichkeiten der Demokratie sind auch für die theoretische Betrachtung einige Probleme klar hervorgetreten, die die Praxis der letzten Revolutionsjahre bereits aufgerollt hat.

Dabei ist es interessant, daß all diese Fragen nur oder fast nur in den Ländern mit „jungen“ Demokratien aufgetaucht sind, also in

jenen Staaten, in denen erst die Revolution nach dem Kriege eine vollständige Demokratie ermöglichte, vor allem in Deutschland und Oesterreich, aber auch in der Tschechoslowakei und einigen anderen Staaten. Und das ist im Grunde gar nicht verwunderlich. Für die „alten“ Demokratien, England, Frankreich, die Schweiz, ist die demokratische Verfassung etwas so Selbstverständliches, so Eingelebtes, daß man dort kaum mehr die Möglichkeit hat, zu diesen Erscheinungen des Alltagslebens genügend Distanz zu gewinnen und ihren Nutzen zu überprüfen. In den jungen Demokratien, wo man seit Jahren in den sozialistischen Parteien die Möglichkeit einer demokratischen Staatspolitik im Gegensatz zu dem autokratischen System in den rosigensten Farben ausmalte, wo man eine demokratisch-republikanische Verfassung als das geschichtlich Gegebene und Vernünftige pries, hatte man große Hoffnungen auf die Demokratie erweckt, die nun durch die neuen Verhältnisse bis zu einem gewissen Grade enttäuscht werden mußten. Daher die kritische Einstellung der Demokratie, daher der scharfe Blick für die Vorzüge und Fehler des neuen Systems. Deswegen ist es auch vielleicht für die alten Demokratien nicht ganz ohne Nutzen, einiges von der Kritik zu übernehmen, die aus den jungen Demokratien stammt.

Gewiß, auch die sozialistische Bewegung in den alten Demokratien hat sich bereits vor längerer Zeit mit den Problemen der Demokratie und ihrem Verhältnis zur sozialistischen Bewegung auseinandergesetzt, und die Abneigung gegen den politischen Kampf, der in der Beschränkung auf die nur wirtschaftlichen Kämpfe des Trade Unionismus und auf die direkte Aktion des revolutionären Syndikalismus zum Ausdruck kam, sind deutliche Anzeichen für die Auseinandersetzung mit dem Problem der politischen Demokratie, die eben in jeder Etappe der Arbeiterbewegung stattfand. Auch die langen Auseinandersetzungen, die sich an den „Fall Millerand“ angeschlossen, untersuchten auch diesen Problemkreis. Und die viel besprochene Untersuchung von Michels „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“ streifte ebenfalls dieses Gebiet. Zu all diesen Problemen sind aber durch die Erfahrungen der Revolutionsjahre und durch die Ausdehnung der demokratischen Methode auf ganz Mitteleuropa eine Reihe von Fragestellungen hinzu gekommen, die auf das engste zusammenhängen mit der geänderten Situation der sozialistischen Bewegung in allen Ländern. Nunmehr handelt es sich auch um die Frage, ob die Demokratie der geeignete oder der einzige Weg zum Sozialismus ist. In welchem Maße sie den geeigneten Boden für den Klassenkampf darstellt, inwieweit sie die Gewalt als Faktor der geschichtlichen Entwicklung ausschließt, kurz Fragen, die in der Periode der sozialen Revolution aufgeworfen werden müssen. Deswegen ist auch der literarische Streit um die Demokratie in den letzten Jahren nicht zum Stillstand gekommen und erst in der letzten Zeit ist als neueste Veröffentlichung der „Marxstudien“ ein Buch von Mary Adler über die „Staatsauffassung des Marxismus“ erschienen (Wiener Volksbuch-

handlung, 1922), das auch die Probleme der Demokratie sehr ausführlich und außerordentlich geistreich behandelt*).

Die Probleme der Demokratie sind in jeder Beziehung außerordentlich mannigfaltig und der Grund, warum diese Ansammlung von Fragen und eine ganze Reihe von Enttäuschungen in den jungen Demokratien eingetreten ist, liegt vielleicht in einer psychologischen Tatsache begründet. Die Demokratie hat in allen Staaten, in denen die Revolution den Boden für sie geebnet hat, gewissermaßen die Arbeitslust und die Opferfreudigkeit jedes einzelnen für die Gesamtheit in den allerersten Monaten schwer enttäuscht. Die moderne Demokratie ist ja notwendigerweise Massenbetrieb; in den großen modernen demokratischen Staaten sind die Menschenmassen, die nun zur Selbstbestimmung ihres Schicksals aufgerufen werden, so groß, daß eine direkte Anteilnahme an dem Akt der Gesetzgebung und noch weniger an dem der Verwaltung kaum in Betracht kommt. In den autoritären Machtstaaten, in denen der einzelne immer nur Objekt, niemals Subjekt gewesen ist, war in jedem einzelnen ungeheure Lust zur Arbeit im Interesse der Gesamtheit aufgestapelt. Mit Recht sagte die sozialistisch-demokratische Propaganda den Massen, daß das größte Verbrechen des Absolutismus sei, die in den Massen vorhandene Erfahrung und Klugheit brachliegen zu lassen und die lebendigen Kräfte der Bevölkerung nicht im Interesse der Allgemeinheit zu verwenden. Dazu kommt noch, daß Krieg und Revolution die Menschen aus jahrzehntelanger spießbürgerlicher Starrheit gerissen und sie zu wirklich opferfähiger Dienstbereitschaft für die Allgemeinheit befähigt hat. Wie sollte diese Ansammlung von Betätigungsdrang von der rationell arbeitenden und arbeitsparenden Maschine der Demokratie ausgenützt werden? Sie konnte insbesondere nicht beim System des demokratischen Parlamentarismus ausgenützt werden, da dieses ja die Mitwirkung und die Heranziehung breiter Massen nicht kennt. Daher unmittelbar nach der Revolution überall lokale Sowjets, die — von diesem psychologischen Gesichtswinkel aus betrachtet — nichts anderes sind als die Versuche der einzelnen, auch ihre Kräfte irgendwie in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, auch das eigene Ich herauszureißen aus der geisttötenden Alltagsarbeit für die eigene Lebensnotdurft. Was die lokalen Sowjets, Arbeiterräte, Kontrollausschüsse usw. auf politischem Gebiete waren, das sollten die Betriebsräte im Betrieb sein; auch hier gewisse Anklänge an alte syndikalistische Einflüsse. Aber all das waren Einrich-

*) *Marx Adler* versucht, in diesem gedankenreichen Buch eine *marristische Staatstheorie* zu geben und vor allem die Lehre von *Marx* und *Engels* wiederherzustellen, beziehungsweise zu einem System zu erweitern, nach dem der Staat nichts anderes ist als jeweils das Instrument der herrschenden Klasse. *Adler* entwickelt seine Lehre im Gegensatz zu den Untersuchungen, die von bürgerlicher Seite über die marxistische Staatstheorie gemacht wurden. Da die Frage des Staates, der Eroberung der Staatsmacht, die Rolle des Staates in der sozialistischen Politik gerade in der gegenwärtigen Periode des Sozialismus von außerordentlicher Bedeutung für die ganze Bewegung ist, ist das Buch des Genossen *Marx Adler* eine der wichtigsten Erscheinungen der sozialistischen Literatur der letzten Zeit, die das aufmerksamste Studium verdient.

tungen jenseits der offiziellen Demokratie und die Führer des Proletariats, die sich — wie etwa die deutschen Rechtssozialisten — bereits seit vielen Jahren nur auf die offiziellen Methoden der überkommenen Demokratie eingestellt hatten, verstanden die psychologischen Wurzeln dieser elementaren Bewegung nicht. Sie suchten all diese Einrichtungen mit dem Hinweis darauf zu beseitigen, daß man ja nun endlich doch die Demokratie habe, und daß nun alle diese „Spielereien“ überflüssig sind. Hier mußte die überkommene aus den alten Demokratien blind übernommene Methode der parlamentarischen Demokratie, d. h. der nur mittelbaren Anteilnahme der Massen an der Gesetzgebung versagen. Gewiß war es ein ungeheurer Fortschritt, daß an Stelle der von den Hohenzollern willkürlich eingesetzten, keinem Parlament verantwortlichen Regierung nun ein aus dem gewählten Parlament hervorgehendes Kabinett trat. Aber was sollte diese Veränderung den Massen bedeuten, die für ihre eigene Betätigung nach neuen Lebensinhalten drängten? Gewiß sollten weitere Kreise der Bevölkerung durch die Ausdehnung der demokratischen Methode auf die unteren Instanzen, auf Gemeinde- und andere Selbstverwaltungskörper herangezogen werden, aber auch das bewegte sich für die Massen, die neue, sozialistische Inhalte wollten, zu sehr in den bisher ausgefahrenen Geleisen, und so merkwürdig es klingen mag, die neugeborene Demokratie in den revolutionären Staaten trug trotz ihres jugendlichen Alters die Züge des Greisenhaften.

Indes dieser Fehler der Demokratie, der notwendigerweise in ihrer Unfähigkeit bestehen muß, die reif gewordenen Massen zur unmittelbaren Anteilnahme und zur direkten Bestimmung ihrer Geschicke heranzuziehen, diese psychologische Unfähigkeit der alten Demokratie für die neue Psyche der den Sozialismus herbeisehnenden Massen, war nur die in den ersten Monaten auftauchende Unzulänglichkeit der Demokratie, die dann nicht mehr so sehr ins Gewicht fiel, als infolge der Selbstzerfleischung des Proletariats in Deutschland, infolge des Rückganges der revolutionären Welle in Europa das Interesse weiter Kreise des Proletariats für die Politik und das Leben des Staates nachließ. Nun tauchte eine neue Frage auf. Es beginnt die Periode, in der man sich in dem demokratisch umgebauten Staatsgefüge überall festzusetzen beginnt, in der eine Reihe von Gemeinden, Kreisverwaltungen und anderen Selbstverwaltungskörpern in die politische Macht-sphäre des Proletariats kommen. Eine große Anzahl von Proletariern wird nun im kapitalistischen Staate zu wichtigen Verwaltungsaufgaben berufen, die für die bisher in Verwaltungsaufgaben ungeschulten Proletarier neu sind und vielfach auch eine neue Mentalität herbeiführen. An die Stelle jener geistigen Verfassung der Arbeiterschaft, die charakterisiert war durch das vollständige Ausgeschlossensein von fast jeglicher Teilnahme an öffentlichen Agenden, die gekennzeichnet war durch die Fremdheit und Uninteressiertheit an den Geschicken der Gemeinden, Kreise und mittelbar auch des ganzen Staates, beginnt nunmehr die Heranziehung einer Reihe von Arbeitervertretern

zu positiven Verwaltungsaufgaben. Das Wohl der verwalteten Gemeinden usw. muß diesen Vertretern am Herzen liegen, nicht nur weil es nunmehr ihre beschworene Pflicht ist, sondern aus Gründen des Fortschrittes der Partei, da sie bei den nächsten Wahlen eine örtliche Niederlage befürchten müßten, wenn sie ihre Verwaltungsaufgabe schlecht lösen würde. Da aber die Lage der Gemeinden und sonstigen Selbstverwaltungskörper in unlösbarem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage des Gesamtstaates steht, setzt hier die sogenannte „Staatsnähe des Proletariats“ ein, von der auch Max Adler spricht. Diese „Staatsnähe“ ist deswegen ein Problem, weil hier das zwangsläufige Interesse zum Ausdruck kommt, das die Arbeiterklasse auch in einem kapitalistischen Staate haben muß, sobald sie einmal eine bestimmte Anzahl von bewußten Anhängern erreicht hat, die dann in einer Demokratie ihrer Zahl entsprechend besonders in den kleinen Selbstverwaltungskörpern zur verwaltungsmäßigen Mitarbeit herangezogen werden. Das Interesse und die Verbundenheit mit dem Staat, die so entsteht, beschränkt sich aber notwendigerweise nicht auf den engen Kreis z. B. einer Gemeindeverwaltung, sondern muß sich notwendigerweise auf den Gesamtstaat beziehen, der aber in seiner wirtschaftlichen und politischen Struktur noch unverändert den kapitalistischen Charakter trägt und daher den Arbeitern immer als etwas erscheinen sollte, was nicht „ihre“ Sache ist. Und diese Tatsache der Staatsnähe des Proletariats ist deswegen ein Problem der Demokratie, weil sie erst in der Demokratie in Erscheinung tritt. Die Staatsnähe, von der revisionistisch orientierte Sozialisten — wie z. B. Karl Renner in seinem „Kriegsmarxismus“ — so gerne sprechen, weil sie darin ein Merkmal des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus erblicken, ist nicht nur eines der schwersten Probleme der neuen Demokratie, sondern des Sozialismus in der gegenwärtigen Periode überhaupt. Mag sein, daß die Ueberschätzung dieser Frage nichts anderes ist als eine Wachstumserscheinung der sozialistischen Bewegung, weil diese Probleme sich eben aus der Entwicklung der Arbeiterbewegung ergeben, so liegt trotzdem hier eine schwere Krise, da noch keine der Richtungen des Proletariats die richtige Einstellung zu dieser neuen Mentalität gefunden hat. Es handelt sich auch hier gar nicht um etwas, das durch die schlechte oder „verräterische“ Politik einer Richtung des Proletariats herbeigeführt wäre, sondern man hat es mit einer Frage zu tun, die zwangsläufig in Erscheinung treten muß, wenn das Proletariat in einer Demokratie seiner numerischen Stärke entsprechend zur Verwaltung usw. herangezogen wird. Solange sich dieser Zustand im kapitalistischen Staate abspielt, müssen wir schwerwiegende Fragen der ganzen Einstellung der Arbeiterklasse zum Staate und zur kapitalistischen Wirtschaft entstehen, die für den ganzen Charakter der sozialistischen Politik nicht ohne die schwersten Folgen bleiben können. Und damit hängt ein weiteres Problem zusammen, das darin zum Ausdruck kommt, daß die Demokratie immer nur Form, aber nie Inhalt ist. Die Revolution hat wohl die Form geändert, aber nicht den

Inhalt, und hier war wiederum eine Enttäuschung für die Massen, die an die demokratische Form den sozialistischen Inhalt assoziierten. Dieses Problem ist allerdings sowohl praktisch wie theoretisch beinahe überwunden, da bereits allgemeine Klarheit darüber herrscht, daß die Demokratie wohl bessere Voraussetzungen für den Klassenkampf bietet, aber noch nicht der Sozialismus selbst ist.

Die wirtschaftlichen Mächte, die schon im vorrevolutionären Staat durch die Hofkamarilla und andere dunkle Einflüsse ihre Interessen bei den Regierungen durchzusetzen verstanden, treten nun in der Demokratie offen hervor, so z. B. trat in Deutschland an die Stelle der unkontrollierbaren Einflüsse, die früher die deutsche Schwerindustrie auf die Regierung ausübte, nunmehr der offene und klare Einfluß, den die Partei der deutschen Schwerindustrie, die deutsche Volkspartei auf die deutsche Reichsregierung hat. Der wirtschaftliche Inhalt bleibt derselbe und so ergibt sich eine neue Problematik in den jungen Demokratien, die gerade jetzt von besonderer Aktualität ist. Es handelt sich um die Frage, ob in der Demokratie eine proletarische O p p o s i t i o n, wenn sie auch noch so geschickt operiert und alle Situationen noch so gut ausnützt, alle Pläne der Bourgeoisie vereiteln, alle Belastungen des Proletariats verhindern und der bürgerlichen Regierung ihre eigenen Absichten aufzwingen kann. Die Frage ist deswegen in den neuen Demokratien von solcher Wichtigkeit, weil die Arbeiterklasse infolge der Weltlage des Sozialismus auch in diesen Staaten in die Verteidigungsstellung gedrängt ist, an der Regierung nicht mehr teilnehmen und so keinen direkten Einfluß mehr auf die Regierung haben kann. In der ersten Zeit nach dem Umsturze, als das Proletariat seine gesamte revolutionäre Macht oder sie wenigstens zum größten Teil behauptet hatte, konnte es direkten oder indirekten Einfluß auch auf eine Regierung, in der keine Proletariatsvertreter mehr saßen, ausüben. Mit der Stärkung der internationalen Reaktion erstarkte auch hier die Bourgeoisie und damit wurde die Möglichkeit verringert, die bürgerliche Regierung unter einem steten Druck des Proletariats zu halten. In O e s t e r r e i c h erleben wir diese Entwicklung besonders deutlich und klar. Unmittelbar nach dem Umsturz stand die sozialdemokratisch-christlichsoziale Koalitionsregierung fast nur unter sozialdemokratischem Einfluß. Allmählich erstarkte der bürgerliche Einfluß, bis die Sozialdemokraten nach den Neuwahlen im Jahre 1920 aus der Regierung austraten und so naturgemäß der bürgerliche Einfluß stärker wurde, aber die ersten Regierungen der Bourgeoisie standen noch sehr unter dem Einfluß der Sozialdemokraten und wenn auch das bourgeoise Gerede im Auslande unwahr ist, daß in Oesterreich trotz der bürgerlichen Regierung sozialdemokratische „Diktatur“ herrsche, so ist es doch richtig, daß die Regierungen Mayr und Schober kaum etwas zu tun wagten, ohne vorher das Einvernehmen mit unserer Partei hergestellt zu haben. Die Regierung Seipel schlug aber eine andere Methode ein und besonders seit der Genfer Konvention versucht man immer mehr, den Einfluß der sozialdemokratischen Opposition auszuschalten und es wird immer schwerer, von seiten der Opposition

einen Druck auf die Regierung auszuüben. Trotz Demokratie oder vielleicht gerade — infolge der Demokratie wird die Majorität immer konsolidierter und berücksichtigt immer weniger den Druck der Opposition. Otto Bauer sagte über dieses Verhältnis der Opposition zur Regierung in der Demokratie in seiner großen Rede am letzten Parteitag anlässlich der Genfer Konvention: „Das österreichische Proletariat kann durch seine Kraft manches verhindern und es kann auch einzelne Maßnahmen einer bürgerlichen Regierung aufzwingen, aber täuschen Sie sich nicht darüber, wie wenig solcher Zwang angesichts der Aufgaben bedeuten würde, die bei Verwerfung des Genfer Vertrages zu lösen wären. . . . hier handelt es sich doch nicht um eine Maßregel, die man durch Straßendemonstrationen erzwingen kann.“ (Protokoll des Parteitages 1922, Seite 145/46.) Allgemein gesagt, ist das Verhältnis zwischen Opposition und Regierung auch in der Demokratie so, daß die Opposition manche Pläne der Regierung verhindern oder abschwächen kann, daß es aber unmöglich ist, ihr kontinuierlich die Linie der Politik aufzuzwingen. Und das ist auch das Ergebnis der Erfahrungen, die wir in Oesterreich in den letzten 2¹/₂ Jahren gemacht haben, seitdem die Sozialdemokraten aus der Regierung ausgetreten sind. Mit dem immerhin schwindenden Einfluß der internationalen sozialistischen Bewegung geht auch die Macht der Sozialdemokraten in den jungen Demokratien zurück und damit ändert sich auch ihr Einfluß auf die Regierungen; allmählich wird auch das normale Verhältnis zwischen Regierung und Opposition hergestellt, wie es sich überall in der Demokratie findet. Freilich, die Arbeiterklasse, die in den allerersten Zeiten der jungen Demokratie gewohnt war, ihren Willen im Staate durchzusetzen, glaubte, dies sei nicht nur auf die momentane Machtfülle des Proletariats, sondern auf die Demokratie als solche zurückzuführen und die allererste Zeit der sozialdemokratischen Opposition bestärkte in dieser Meinung. Nun aber sieht man, daß unter normalen Verhältnissen auch in der Demokratie die Opposition nur sehr beschränkte Möglichkeiten hat, ihren Willen zur Geltung zu bringen. Im kapitalistischen Staate ist es jedenfalls die Regel, daß die Arbeiterklasse ihrer Zahl und Stärke nach in der Minderheit und daher auch in der Opposition ist und so nimmt es in den alten Demokratien niemand wunder, daß die Opposition der Arbeiterklasse auch in der Demokratie sehr oft aussichtslos ist. Niemand wird es in Frankreich als eine Enttäuschung über die Demokratie empfinden, daß in dieser alten Demokratie die Sozialisten so wenig gegen den nationalen Block ausrichten können. Anders aber in den neuen Demokratien, wo sich diese geringe Wirkungsmöglichkeit der Opposition auf der einen Seite in dem Girren nach Regierungen äußert und auf der anderen Seite in der Enttäuschung über die Demokratie äußert.

Aber diese verhältnismäßig geringen Möglichkeiten der Opposition in der Demokratie sind nur das Symptom für die Eigenart der Demokratie in ihrem jetzigen Entwicklungsstand. Max Adler unter-

scheidet in seinem oben zitierten Buch zwischen politischer und sozialer Demokratie. Sie soll Gleichberechtigung sein. Aber jene Spielart, die wir heute sehen, ist bloß die politische, nicht die wirtschaftliche Gleichberechtigung. Von Gleichheit wird man aber erst in der sozialen Demokratie sprechen können und erst in dieser klassenlosen Gesellschaft wird die Herrschaft einer Klasse über die andere wegfallen. Solange es nur politisch gleichberechtigte Menschen gibt, solange die Menschen im wichtigsten und für den ganzen Geschichtsablauf entscheidenden Belange noch ungleich, durch Klassegegensätze geschieden sind, herrscht in letzter Instanz noch die Gewalt der Klassen. Freilich, die moderne Demokratie mit ihren mannigfachen Gradmessern für die jeweiligen Machtverhältnisse der Klassen macht es nicht notwendig, tagtäglich die Macht der Klassen durch wirkliche Gewaltanwendung zu messen, aber schon die Tatsache, daß die Organisationen der Demokratie so viele Einrichtungen kennen, um die Machtverhältnisse konstatieren zu können, zeigt, daß in letzter Instanz auch die Demokratie, solange sie bloß politisch und nicht auch wirtschaftlich ist, Gewaltanwendung im Klassenkampf nicht ausschließt. Erst die Aufhebung der Klassegegensätze und die Schaffung einer wirklichen politischen und sozialen Demokratie schaltet jede Gewaltanwendung als Mittel des gesellschaftlichen Kampfes und der wirtschaftlichen Unterdrückung aus.

Demn das wahre Problem der Demokratie, aus dem alle anderen Fragen zu erklären sind, ist dies, daß sie die unbedingte Tendenz hat, sich aus der politischen zur sozialen, aus der bürgerlichen in die proletarische Demokratie zu verwandeln. Solange sie dieses, ihr notwendiges Entwicklungsziel nicht erreicht hat, sind ihre Erscheinungsformen problematisch.

Gewerkschaften und Statistik.

Von Karl Dürr.

Die Statistik ist zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel für die Erkenntnis der wirtschaftlichen und der sozialen Verhältnisse geworden. Wir bedienen uns derselben, um orientiert zu werden über die Zusammensetzung und den Aufbau der Gesellschaft, wie zur ziffernmäßigen Erfassung des gesamten wirtschaftlichen Geschehens. Jeder Kulturstaat, der auf diese Bezeichnung Anspruch erhebt, ist genötigt, ausgedehnte statistische Bureaus zu unterhalten, um dem Volkswirtschaftler, dem Soziologen, dem Mediziner, dem Naturwissenschaftler Zahlenmaterial über alle möglichen Fragen zu beschaffen und dieses zu verarbeiten.

Die Statistik ist auch ein unentbehrliches Hilfsmittel des Gewerkschafters zur Unterstützung seiner Bestrebungen. Wir sind da durchaus einer Meinung mit Karl Brüsweiler, der in Nr. 6 der „Roten Revue“ die Statistik als zum Rüstzeug der Gewerkschaften gehörig bezeichnet. Eine andere Frage ist es, zu prüfen, inwieweit die Gewerkschaften selber in der Lage sind, Unterlagen für die Statistik zu beschaffen, zu verarbeiten und ihren Zwecken dienstbar zu machen.